



STADTGEMEINDE STOCKERAU

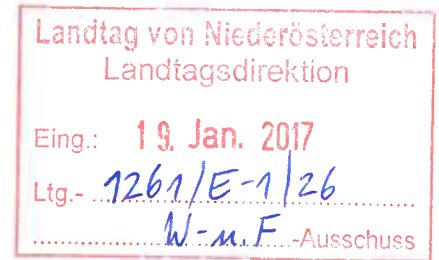
A-2000 Stockerau
Rathausplatz 1

Telefon: 0 22 66 / 695
Telefax: 0 22 66 / 695-1250

Internet: www.stockerau.at
E-Mail: stadtgemeinde@stockerau.gv.at

An das
Präsidium und
Landtagsdirektion des
NÖ Landtages

Landhausplatz 1, Haus 1a
3109 St. Pölten



Stockerau, 17.01.2017
0100/Ed.

Betreff: Resolution –
Abschaffung des Standortbeitrages für alle NÖ Fondskrankenhäuser

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Beilage übersende ich Ihnen eine Resolution – Abschaffung des Standortbeitrages für alle NÖ Fondskrankenhäuser, die der Gemeinderat der Stadt Stockerau in seiner Sitzung am 14.12.2016 beschlossen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Eder
Sekretariat



Beilage:
Resolution



STADTGEMEINDE STOCKERAU

A-2000 Stockerau
Rathausplatz 1

Telefon: 0 22 66 / 695

Telefax: 0 22 66 / 695-1250

Internet:

E-Mail: :

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 19. Jan. 2017

Ltg.- 1267/E-1/26
..... W-m.F. - Ausschuss

RESOLUTION

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in seiner Sitzung vom 14. Dezember 2016 folgende Resolution beschlossen:

- 1) Der Gemeinderat spricht sich für die umgehende Abschaffung des Standortbeitrages aus.
- 2) Der NÖ Landtag und die NÖ Landesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, alle notwendigen Schritte für die Abschaffung des Standortbeitrages in die Wege zu leiten.“

Begründung: Gemäß NÖ Krankenanstaltengesetz (NÖ KAG) sind jene niederösterreichischen Gemeinden, in welchen sich Fondskrankenhäuser befinden, zur alljährlichen Leistung von Standortbeiträgen verpflichtet. Die betroffenen 27 niederösterreichischen Spitäler befinden sich seit nunmehr zehn Jahren in Landesbesitz. Die zu leistenden Beiträge pro Gemeinde beliefen sich im Jahr 2006 auf Summen zwischen 16.145 Euro und knapp 2 Mio. Euro (Gesamtsumme 2006 somit rd. 7,2 Mio. Euro).

Für 2017 sind Beiträge in den betroffenen Gemeinden mit einer Gesamtsumme von fast 13,4 Mio. Euro vorgesehen. Also eine Steigerung seit 2006 um über 85 Prozent!

Eine für 2016 im NÖ KAG festgelegte Evaluierung dieser Beiträge, welche sicher zu einer abermaligen noch größeren Belastung dieser Gemeinden führen würde, ist bis dato nicht vorgenommen worden. Es ist somit jetzt der richtige Zeitpunkt, um eine Abschaffung der Standortbeiträge vorzunehmen.

Die Gründe dafür sind stichhaltig: Die NÖ Landeskliniken befinden sich nicht mehr in Gemeindebesitz, die Kommunen selbst lukrieren daher auch keine Kommunalsteuer und haben auch sonst keine Vorteile: Personalaufnahmen laufen über das Land NÖ, ebenso wird der Einkauf zentral erledigt und bei weitreichenden Entscheidungen hat die Gemeinde selbst keinerlei Mitspracherecht. So wurden zuletzt ganze Abteilungen geschlossen, wie etwa die Gynäkologie samt Geburtsstation in Waidhofen an der Thaya. Weiters fand auf der Chirurgie in Gmünd ein massiver Bettenabbau statt. Zu Unmut unter der Bevölkerung führt auch immer wieder die nicht nachvollziehbare Verlegung von Fächern. Hier stehen hohe Standortbeiträge drastischen Nachteilen gegenüber.

Diese finanziellen Vorschreibungen für die Gemeinden sind daher zur Gänze abzuschaffen.

Für den Gemeinderat



Helmut Laab
Bürgermeister